

Nachhaltigkeit bei staatlichen Gebäuden

Standpunkt des Abgeordneten Sebastian Schädler

Klima Der Hochbautenbericht ist bezüglich nachhaltiger Energiegewinnung leider enttäuschend ausgefallen. Ein ambitioniertes Vorgehen und transparente Entscheidungen wären hier wünschenswert.

Die Regierung hat sich das nachhaltige Handeln auf die Fahne dieser Legislatur geschrieben. Nun, wenn man den Hochbautenbericht ansieht, scheint dies für die staatlichen Bauten nur eingeschränkt zu gelten. Der Klimawandel ist heute wohl unbestritten und auch wir sollten alles daran setzen, unseren Beitrag zu leisten, die Energie nachhaltig zu produzieren. Der Staat soll dabei selbstverständlich mit gutem Vorbild vorangehen, und dies kann er insbesondere bei den eigenen Gebäuden.

Die Regierung schreibt im Hochbautenbericht, dass es erstrebenswert sei, die Liegenschaften primär energetisch wie auch ökologisch nachhaltig auszurichten. Dieser Satz klingt so einfach wie logisch. Doch ehrlich gesagt verstehe ich nicht, was genau damit gemeint ist. Nach welchen Massstäben bewertet die Regierung die ökologische Nachhaltigkeit der Im-



Landtagsabgeordneter Sebastian Schädler. (Foto: ZVG)

mobilien? Diese und viele weitere Fragen stellen sich dazu. Insbesondere auch darum, weil die Regierung in der Umsetzung nicht konsequent scheint. Der Landtag sprach sich grossmehrheitlich dafür aus wo es sinnvoll und möglich ist, auch beispielsweise Fassaden mit Photovoltaik auszustatten. Der Staat investiert in den nächsten Jahren in Hochbauten im Umfang von ca. CHF 230 Mio. Hier gäbe es meines Erachtens doch beträchtliches Potenzial. Die Regierung sieht Anlagen an Fassaden nicht und führt auch die Bauordnungen der Gemeinden an, in welchen diese zum Teil verboten seien. Wenn dies der Fall ist, ist es meines Erachtens höchst-

zeit, hier einen gemeinsamen, nachhaltigen Weg von Staat und Gemeinden zu initiieren.

Bereits in der letztjährigen Landtagsdebatte zum Hochbautenbericht war es das Thema Nachhaltigkeit, welches die Diskussion dominierte. Die Regierung scheint hier noch uneinsichtig, denn sie legt zu diesem Thema wieder kaum Fakten dar. Der vorliegende Bericht widmet auf 35 Seiten dem nachhaltigen Bauen gerade mal 8 Zeilen und es sind keine Zahlen zu diesem Thema zu finden. Das entspricht nicht den Erwartungen des Landtags und ist einfach zu wenig im Wissen dessen, dass die Regierung Nachhaltigkeit quasi zum Programm machen möchte.

Für einen schnellen technischen Fortschritt sind Pilotprojekte essenziell, und dies kann der Staat entsprechend vollziehen. Deshalb sind wir von der FBP-Fraktion der Meinung, dass der Staat seine Vorbildfunktion nutzen darf und soll. Als grosser Immobilienbesitzer, der auf ein grosses Team von Fachkräften und Experten zurückgreifen kann, kann der Staat, genau so wie viele Vorzeigeunternehmen, eine wertvolle Vorbildfunktion für die Bevölkerung in unserem Land einnehmen. Wir hoffen deshalb, dass das «Postulat zur Vorbildfunktion des Staates im Bereich Klima und Energie» beim nächsten Landtag an die Regierung überwiesen wird.

Landtag

Replik

Die Nachhaltigkeit wurde im Regierungsprogramm zum Schlagwort. Im Wissen, dass der Klimawandel heute und in Zukunft das zentrale Thema ist und sein wird, sollte auch die Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter bei Neubauten alle nachhaltigen Möglichkeiten ausschöpfen. Darum sind wir auf ihre Meinung und auf jene des Landtags in der Dezember-Debatte zum FBP-Postulat gespannt. In punkto AHV konnte der Landtag nun doch «ordentlich» diskutieren. Nachdem es die VU kürzlich noch ad hoc versuchte, wurde nun der korrekte Weg eines Postulats gewählt. Dieses wurde an die Regierung überwiesen und man darf gespannt sein, ob diese Fragen einen echten Mehrwert bringen oder das Ganze doch nur alter Wein in neuen Schläuchen ist.

Das Land und einige Gemeinden können auf ein komfortables Finanzpolster zurückgreifen. Auch darum ist es der richtige Zeitpunkt, um sich auch über die Finanzausweisungen Gedanken zu machen. Die FBP hat angekündigt, einen Vorstoss i. S. Gemeindesteuerzuschlag zeitnah zu initiieren. In diesem Zusammenhang muss auch eine gerechte Form der Verteilung unter den Gemeinden gefunden werden. Als Kostentreiber beim Land stehen für mich auch die Personalkosten im Fokus. Die Regierung prognostiziert nun weitaus weniger Anstellungen als in der Vergangenheit. Wir sind gespannt – der Landtag sollte dies verstärkt und kritisch beobachten.



Rainer Gopp
Parteipräsident

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Fortschrittliche Bürgerpartei

Redaktion:
Rainer Gopp

Adresse:
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz
Tel.: +423 237 79 40

www.fbp.li
E-Mail: info@fbp.li



Die Finanzausweisungen sind umgehend anzupassen

Kommentar des Landtagsabgeordneten Wendelin Lampert

Finanzen Bei der Sitzung des Landtags wurde die Finanzplanung für die nächsten Jahre besprochen und zur Kenntnis genommen. Dabei verlässt sich der Staat stark auf die Börsenentwicklung.

Als Resümee aus der im November-Landtag diskutierten Finanzplanung der Regierung wird klar, dass wir aus der betrieblichen Tätigkeit des Landes voraussichtlich jeweils ein negatives Jahresergebnis erwirtschaften werden. Dies bedeutet, dass die Ausgaben in den Planungs Jahren vermutlich höher sein werden, als die Einnahmen. Dies bedeutet in aller Konsequenz, dass wir nur dann ein positives Gesamtergebnis haben werden, wenn entsprechende Erträge aus den Vermögensanlagen generiert werden können. Das heisst, in Jahren mit einer negativen Börsenentwicklung müssen wir mit erheblichen Verlusten rechnen. Des Weiteren sind zusätzliche einmalige Investitionen nicht berücksichtigt. Ebenfalls dabei nicht berücksichtigt sind allfällige Erhöhungen von laufenden Ausgaben in dieser Periode, was



(Foto: Shutterstock)

als wahrscheinlich angesehen werden kann.

Die Regierung hat für die Finanzplanung 2022 – 2025 die konjunkturelle Einschätzung von zehn Berufsverbänden in Bezug auf Umsatz- und Ertragschancen sowie die Beschäftigungsentwicklung herangezogen. Die

Verbände sind verhalten optimistisch, dies natürlich in Abhängigkeit der weiteren Entwicklung der Coronapandemie. Aus der betrieblichen Tätigkeit resultiert in den Jahren 2022 bis 2025 ein Minus von CHF 50 Mio. bis CHF 79 Mio. Die betrieblichen Erträge werden primär von den Steuern und Abgaben beeinflusst. Die grösste

Kategorie beim Aufwand sind die Beitragsleistungen (z. B. AHV, Krankenkassen, Prämienverbilligung). Die Regierung geht beim Finanzergebnis (Börse) von einem Gewinn von mehr als CHF 100 Mio. pro Jahr aus. Dank dieser positiven Finanzergebnisse wird prognostiziert, dass im Jahresergebnis jeweils ein Überschuss von

CHF 26 Mio. bis CHF 53 Mio. ausgewiesen wird. Die Investitionsrechnung wird massgebend von den Hochbauten geprägt. Das Eigenkapital des Staates wird laut Prognose eine Zunahme von CHF 3372 Mio. auf CHF 3524 Mio. aufweisen.

Wenn sich der Landtag einen zusätzlichen finanzpolitischen Spielraum verschaffen will, ohne dass das Defizit aus der betrieblichen Tätigkeit grösser werden soll, wird er sparen oder zusätzliche Einnahmen beschliessen müssen. In einem Land, wo Gemeinden Gutscheine verteilen, sind aus meiner Sicht die Finanzausweisung zugunsten des Landes anzupassen, damit die Gleichbehandlung von Balzers bis Ruggell sichergestellt wird.



Wendelin Lampert
FBP-Landtagsabgeordneter